FDP-Parteitag

Offene Türen für den Zukunftsweg Zahnheilkunde

Als der FDP-Bundesparteitag Ende April in Berlin stattfand, war längst nicht klar, dass die beiden folgenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen historisch gute Ergebnisse für die Freien Demokraten bringen würden. Und so herrschte Aufbruchstimmung in den Reihen der Delegierten, die Christian Lindner (rechts im Bild) mit großer Einigkeit wieder zu ihrem Vorsitzenden wählten, um die FDP in den Bundestagswahlkampf zu führen. Der Vorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ), Harald Schrader, stattete den Freien Demokraten einen Besuch ab (hier im Bild mit Lindner und der stellvertretenden Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen FDP-Landesverbandes Christine Aschenberg-Dugnus), um für den Zukunftsweg Zahnheilkunde zu werben (siehe dazu Seite 18). Mit dem Credo zur Patientensouveränität und zur Wahlfreiheit für zahnmedizinische Leistungen rannte der FVDZ-Bundvorsitzende offene Türen ein.

© Sabine Schmitt

„Selbstbestimmtheit in allen Lebenslagen“ hat sich die FDP in ihrem Wahlprogramm auf die Fahnen geschrieben. In Sachen Gesundheit heißt das: „Leitbild unserer Gesundheitspolitik sind mündige Patientinnen und Patienten.“ Schrader schätzte zudem das klare Bekenntnis seiner politischen Gesprächspartner zum dualen Krankenversicherungssystem und zum Erhalt einer starken Selbstverwaltung im Gesundheitswesen.

sas

Statistik

Mehr Ärzte können Bedarf nicht auffangen

Die Gesamtzahl der Ärzte in Deutschland steigt stetig. Gemessen am tatsächlichen Behandlungsbedarf reicht dies jedoch noch nicht aus. Dies geht aus der aktuellen Ärztestatistik der Bundesärztekammer (BÄK) hervor. Demnach waren 2016 rund 378.600 ärztlich tätige Mediziner bei den Landesärztekammern gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 2,1 Prozent.

Dennoch fällt das Fazit des BÄK-Präsidenten Prof. Frank Ulrich Montgomery eher ernüchternd aus: „Wer nur die leicht steigenden Arztzahlen betrachtet, verschließt die Augen vor der ganzen Wahrheit. Tatsächlich öffnet sich die Schere zwischen Behandlungsbedarf und Behandlungskapazitäten immer weiter. Schon heute klaffen bei der ärztlichen Versorgung in vielen Regionen große Lücken“, erklärte Montgomery. Grund seien die stetig steigenden Fallzahlen in der immer älter werdenden Bevölkerung. Allein in den Kliniken sei die Zahl der Behandlungsfälle innerhalb von zehn Jahren um 2,5 Millionen auf fast 19,8 Millionen gestiegen.

Auch die Ärzteschaft wird nach Angaben der BÄK immer älter. Wie aus der Statistik hervorgeht, stieg zwar die Zahl der unter 35-jährigen Ärzte um rund 2.300 an, aber dem gegenüber steht ein Zuwachs von etwa 2.400 bei den Ärzten über 65 Jahre. BÄK-Präsident Montgomery sprach bei der Präsentation der Ergebnisse davon, dass voraussichtlich bis 2022 fast jeder vierte Niedergelassene seine Praxis aufgeben werde.

cas

© Westend61 / image

Umstrittene Personalvorschläge

Ärztelobbyist soll G-BA-Mitglied werden

Im nächsten Jahr läuft zum 30. Juni die sechsjährige Amtszeit der drei Stellvertreterposten im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) ab. Die Klinikbetreiber wollen die einzige Ärztin in dem Gremium, die Gynäkologin Regina Klakow-Franck, durch den Juristen und Betriebswirt Lars Lindemann ersetzen. Lindemann ist ehemaliger FDP-Abgeordneter, saß seit 2009 bis 2013 im Bundestag und war danach Hauptgeschäftsführer des Spitzenverbandes Fachärzte Deutschlands. Außerdem ist er Geschäftsführer der Sankey-Gruppe, die Fachärzten bei der Abrechnung unterstützt.

Zeitweise sah sich Lindemann wegen der Vermischung von politischem Amt und Lobbytätigkeit der Kritik auch von Seiten der FDP ausgesetzt.

Auch Uwe Deh, Personalvorschlag der Kassen, ist nicht unumstritten: Er hatte sich innerhalb der Doppelspitze des AOK-Bundesverbandes mit seinem Amtskollegen über Jahre heftige Machtkämpfe geliefert. Am Ende mussten beide ihren Hut nehmen.

Gesundheitsexperten empfahlen nun den Beteiligten, ihre Personalvorschläge zu überdenken. Schließlich kann die unparteiische Dreierführung des Gremiums das Zünglein an der Waage sein, wenn es bei Abstimmungen zwischen Kassen und Leistungserbringern keine Mehrheit gibt.

Noch bleibt dem G-BA als höchstes Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen für seine Entscheidung etwas Zeit: Bis Ende Juni muss die Selbstverwaltung ihre Vorschläge dem Gesundheitsminister vorlegen, der sie dann dem Gesundheitsausschuss übergibt. Dieser segnet die Personalien ab oder lehnt sie mit Zwei-Drittel-Mehrheit ab.

Der unparteiische Vorsitzende Professor Josef Hecken soll auch die dann folgenden sechs Jahre dem höchsten Gremium der Selbstverwaltung vorstehen.

mar